



## **Mestemacher zeichnet Sieger 2019 aus**

**Festrede von Dr. Isabelle Borucki**

Berlin, 29. November 2019

### **FESTREDE ANLÄSSLICH DER 3. VERLEIHUNG DES MESTEMACHER PREISES „GEMEINSAM LEBEN“ 2019**



Foto: Agentur Baganz

#### **1. Einleitung**

Es geht um Alles – die Demokratie. Es geht um uns, es geht um Sie, um mich, um jeden hier. Und jeden draußen. Jeder ist heutzutage gefragt, sich einzubringen und sich dafür einzusetzen, dass wir noch länger in der Gesellschaft leben, wie wir sie kennen und in der Regel auch haben möchten.

Der Stellenwert von Gemeinwohl und einer damit zusammenhängenden Gemeinschaft hat in letzter Zeit stark gelitten. Wenn auf offener Straße geschossen wird, wenn Menschen angefeindet und ausgegrenzt werden und das nicht nur auf unseren Straßen, sondern auch und vor allem im virtuellen Raum der sozialen Netzwerke, wenn Demagogen und autoritäre Führer rund um den Globus die Oberhand gewinnen, dann läuft etwas schief in unserer Gesellschaft. Dann stimmt etwas nicht mehr mit unserer Gemeinschaft in Europa und dem, was uns zusammenhält. Es ist höchste Zeit hinzusehen, genau zu schauen, was ist da los mit unserer Demokratie, mit unserer Gesellschaft, auch und besonders in Deutschland. Und es ist höchste Zeit, Fragen zu stellen, wie: Ist unser System zu überholt für die aktuellen Herausforderungen der Digitalisierung und

Globalisierung? Ist Politik zu kompliziert geworden für den Menschen von nebenan? Kann unsere Demokratie überhaupt noch ihr Gerechtigkeitsversprechen und die Gleichheit in der Gesellschaft einlösen, wenn wir immer wieder hören und erfahren, dass sich etwa die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet?

Diese Fragen kann und werde ich heute nicht beantworten. Sie sollen Ihnen aber den Problembereich aufzeigen, in dem wir uns hier und heute und schon jetzt befinden. Denn es geht gerade um Alles, es geht um die Zukunftsfähigkeit von Demokratie und darum, ob wir sie in dieser Form an unsere Kinder weitergeben werden oder nicht. Und das ist meines Erachtens eine fundamental zentrale Frage, die viele von uns bewegt oder zumindest bewegen sollte. Wer gestaltet denn Demokratie? Und wie können wir das beeinflussen?

Denn, und das ist keine These, in Zeiten der Digitalisierung, der Globalisierung und des Klimawandels, des zunehmenden Rechtsradikalismus und -extremismus, der Verrohung unserer politischen Kultur, müssen wir wachsam sein. Denn der Wandel hat nicht erst begonnen, nein, wir sind mittendrin.

Es geht mir also, kurzum, darum, die vielerlei Bedrohungen aufzuzeigen, aber auch Chancen, die sich bieten, zu beleuchten.

## **2. Paradoxien**

Im Folgenden möchte ich mich dieser Thematik zunächst über drei Paradoxien annähern.

Es besteht meiner Ansicht nach, erstens, eine Grundirritation über das so genannte Beteiligungsparadox. Dieses besagt, dass eine geringe Beteiligung gerade auf der Ebene unseres Systems auftritt, wo wir die größte räumliche Nähe haben – auf der Kommunalebene, wo Wahlbeteiligungen regelmäßig um die 20 bis 30 Prozent dümpeln (Klein, 2018). Die Menschen nehmen also einfach nicht am öffentlichen Leben in der Form teil, als dass sie sich politisch einbringen und die wichtigste Form der Beteiligung – die Wahl – wählen.

Außerdem besagt das Paradox, dass gerade diejenigen, die sich beteiligen könnten, es nicht tun, weil sie denken, dass es keinen Sinn macht. Das hat zur Folge, dass auch in digitalisierten Beteiligungsformaten Menschen teilnehmen, die ohnehin bereits sehr aktiv sind. Eine Neumobilisierung findet jedoch kaum statt.

Das Versprechen der großen Erhöhung von Beteiligung und Mobilisierung neuer Publika durch digitale Medien und Beteiligungsformen ist also nicht eingelöst (Glaab 2016). Und es ist an dieser Stelle auch fraglich bzw. zu fragen, ob es jemals eingelöst werden kann. Ich denke, nein. Denn wir beobachten gerade weltweit wie digitale Technologie zur allumfassenden Überwachung und Einschränkung der Bevölkerung eingesetzt wird (Scherr 2010; König 2018). Vor allem in China (Schneider 2018).

Ein weiteres Problem, auch in demokratischen Systemen, ist die wachsende Polarisierung. Diese führt zu einer extremeren Neigung der Wähler hin zu den extremeren Rändern; wie wir ja zuletzt bei den Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen beobachten konnten. Denn obwohl die meisten Menschen den traditionellen Medien grundsätzlich vertrauen, gibt es eine Minderheit, die diesen skeptisch gegenüberstehen und dies vor allem themenabhängig ist (Jakob et al. 2019). Das scheint ein Indiz dafür zu sein, dass die „Lügenpresse“-Metapher beginnt zu verfangen. Bei den vergangenen Wahlen auf Europa und Landesebene haben die Menschen die AfD nicht aus Protest gewählt, sondern gerade wegen ihres Programms und ihrer rechtsextremen Anteile (Richter et al. 2019).

Warum kommt es also zu solchen Ereignissen wie in Halle? Notwendigerweise gab es dafür einen längeren Vorlauf, dessen Ursachen in einer zunehmenden Spaltung unserer Gesellschaft zu suchen ist. Diese verläuft entlang verschiedener Konfliktlinien, der sozio-ökonomischen, der sozio-strukturellen, aber auch der libertär-autoritären bzw. der Kosmopoliten vs. die Kommunitaristen (Merkel 2017). Die letzteren sind diejenigen, die sich von der Globalisierung und Digitalisierung, also den beiden Megaverwerfungen unserer Zeit, abgehängt und benachteiligt fühlen und es auch teilweise sind.

Es sind diejenigen, die nicht mehr mitkommen, aus persönlichen, aber auch aus gesellschaftspolitischen Gründen, wie die Forschung zur sogenannten Digitalen Spaltung noch immer zeigt (Schradié 2018). Diese besagt, dass es eben nicht nur um Netzabdeckung und Internetzugang, also Infrastruktur, geht, sondern massiv um Fragen der Fähigkeiten, mit den Segnungen der digitalen Sphären umgehen zu können. Hinzu kommt eine regionale Spaltung in Ost-West.

Ein zentraler Begriff, sowohl was die Spaltung unserer Gesellschaft in diesen Dimensionen anbelangt, als auch, was die kommenden und bereits stattfindenden Zäsuren betrifft, ist das Gemeinwohl und die daraus abgeleitete Gemeinwohlorientierung. Und die Wichtigkeit dieses Begriffs drängt sich gerade in Zeiten schwindenden Zusammenhalts und schwindenden Zugehörigkeitsgefühls umso mehr auf. Denn das Gemeinschaftsgefühl in der Gesellschaft sinkt, das zeigt das Beteiligungsparadox.

Als zweites haben wir es mit dem sogenannten Unzufriedenheitsparadox zu tun: Die Menschen werden, bei gestiegenem Wohlstand, immer unzufriedener. Sie fühlen sich von der Politik nicht mehr vertreten und fühlen sich machtlos wie die neueste Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt (Zick, Küpper, Berghan 2019). Demnach empfindet sich ein Drittel der Befragten als politisch machtlos, sie empfinden Wut gegenüber dem Staat und haben weniger Vertrauen in staatliche Institutionen.

Das Meinungsfreiheitsparadox wiederum als dritte Paradoxie besagt: Die Menschen denken ihre Meinung werde nicht mehr gehört, weil sie glauben in einer Minderheit zu sein, deshalb äußern sie sich nicht. Diese scheinbare Renaissance der Noelle-Neumannschen Schweigespirale (Noelle-Neumann 1993) auch und gerade in sozialen Netzen kann zu bedenklichen Verstärkereffekten führen. Denn wenn scheinbar sagbare Dinge nicht mehr gesagt werden dürfen und nicht-sagbare Dinge gesagt werden, haben wir es mit einer ernstzunehmenden Veränderung der politischen Kultur und einer damit verbundenen Diskursverschiebung zu tun. Dies geschieht u.a. durch das gezielte Brechen von Tabus und das daran anschließende Deeskalieren im darauffolgenden Diskurs in den Massenmedien, der logischerweise entsprechend der medialen Logiken skandalisiert wird. Und das alles unter dem Deckmantel der scheinbaren Meinungsfreiheit.

Das hat allerdings nichts mit den Mythen rund um Filterblasen oder Echokammern zu tun. Diese treten nämlich keineswegs flächendeckend auf, sondern bilden lediglich [Phänomene](#) ab, die es auch vor dem digitalen Zeitalter gab (Stark, Magin und Jürgens i.E.).

Letztlich deutet dies auf Probleme mit der Digitalisierung aufgrund ihrer nicht abgeschlossenen Transformation sowie ihrer Janusköpfigkeit.

Und hier zitiere ich Gert Scobel (2019), der sagt:

*“Leider ist die Frage, wie sich die Prozesse der Digitalisierung bislang tatsächlich auf das Gemeinwohl auswirken, nicht leicht zu beantworten. Klar ist nur, dass die vielgepriesene Verbesserung der Kooperation von Menschen durch digitale Strategien keineswegs automatisch zu einer Förderung von Gemeinwohl beiträgt, obwohl dies oft behauptet wird. Beispielsweise lässt sich auch die Kooperation*

*terroristischer Vereinigungen oder mafiöser Verbrecherorganisationen durch Digitalisierung wesentlich verbessern, ohne dass sich dies positiv auf das Gemeinwohl auswirken würde. Ein nicht unbedeutender Anteil der Digitalisierung geht zu Lasten des Gemeinwohls, ohne dass man dies sofort quantifizieren müsste.“*

Denn mit der Digitalisierung und den sozialen Medien sind eben mitnichten nur Segnungen verbunden - im Gegenteil. Immer mehr Menschen fühlen sich überfordert, abgehängt und schlicht nicht mehr wahr- und angenommen. Und hier ist laut Scobel auch Platon am Ende, wenn er sagt

(Politeia, 462 a-b): „Wissen wir nun ein größeres Übel für den Staat als das, was ihn zerreißt und aus einem viele macht? Oder ein größeres Gut als das, was verbindet und eins macht?“

Hierzu wieder Scobel:

*“Die rhetorische Frage Platons ist bis heute keineswegs geklärt. Ist das, was viele verbindet (Smartphones und Apps) tatsächlich für alle (und damit für mehr Menschen als die unmittelbaren User selbst) gut? Und was genau ist es, das die vielen unterschiedlichen Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen miteinander verbindet – abgesehen von den digitalen Prozessen selbst?“*

Das gilt es zu beachten, wollen wir mit den Veränderungen, die die Zukunft zweifellos mit sich bringen wird, weiterhin Schritt halten und die Kontrolle auch im Zeitalter von künstlicher Intelligenz behalten. Hierzu möchte ich nun den Blick auf die Parteien wenden, die grundsätzlich an der Schnittstelle zwischen Staat und Gesellschaft verortet sind, selbst aber in einer Krise stecken.

### **3. Parteimitgliedschaft: Daten zu Wahlen und Ausschöpfungsquoten**

Die Berliner Parteienforscherin Ingrid Reichart-Dreyer (uv. M.) zeigt auf: Grundsätzlich werden die Parteien immer älter, ihnen sterben die Wähler weg. Aufgeteilt nach Parteipräferenz und Wahlbeteiligung sowie der demografischen Komponente ergibt sich (nach der repräsentativen Wahlstatistik) folgendes Bild für die Bundestagswahl 2017: Somit erhält die CDU 35,7 Prozent von den über 70-jährigen. Die SPD 32 % und die Linke 33,7%. Nimmt man an, dass diese Kohorte noch 20 Jahre leben wird, ist damit zu rechnen, dass von Wahl zu Wahl mindestens ein Fünftel dieser Wählerschaft ausfällt. Das bedeutet einen Verlust von 7% der Wählerschaft, egal was die Vorsitzenden und die Parteien machen. Der Verlust könnte bei den Europawahlen 2023 und 27 höher ausfallen, weil die 1930er Jahrgänge stärker sind als die 1940er. Auch bestätigt sich hier die These vom Durchwachsen der Parteineigung, die besagt, dass die Zustimmung zu den Parteien sinkt. Die Zustimmung für die CDU sinkt erstmals bei den bis 24-Jährigen bei der Wahl 1972 und erreicht 2019 die 70-jährigen. Die Gegenentwicklung kann für die Grünen aufgezeigt werden. Gestartet als Partei der Jungen, sind sie 2019 in der Altersgruppe der 60-69-jährigen angekommen.

Die Zahl der Parteimitglieder zeigt an, wie viele Menschen bereit sind, sich über die Teilnahme an Wahlen hinaus für das politische System in der parlamentarischen Parteiendemokratie einzusetzen. Von 1990 bis 2017 ist die Mitgliederzahl der Linken um 77,8 % gesunken, die der FDP um 62,5 %, der SPD um 53,0 % und die der CDU um 46,1 %, der CSU um 24,3 %. Die Mitgliederzahl der Grünen stieg um 57,5 %. Die AfD steigerte ihre Mitgliederzahl seit ihrer Gründung 56,2 %.

Doch die Mitgliederzahlen sinken nicht nur absolut, sondern auch in Relation zur Zahl der Beitrittsberechtigten. Die Rekrutierungsfähigkeit der Parteien verringerte sich von 3,65 % 1990 über 2,90 % 1994 auf 1,69 % 2016.

Reichart-Dreyer arbeitet auch heraus, dass die Ausschöpfungsquoten der Parteien etwa für die letzte Bundestagswahl zeigen, wie gefährdet unsere Demokratie ist. Die Ausschöpfungsquote gibt an, wie viele Wahlberechtigte eine Partei tatsächlich erreichen konnte. Bei der Bundestagswahl 2017 erreichten die Parlamentsparteien zwei Drittel der Wähler. Die CSU hat mit 30,1 Prozent Spitzenwerte, gefolgt von der CDU mit 20,2, der SPD 15,5, AfD mit 9,5% vor der FDP mit 8,1, Linken und Grünen mit je 7,0. Zudem zeigen sich bei der Verteilung der Stimmenanteile auf Deutschland große Unterschiede zwischen den Parteien, zwischen Ost und West, städtischen und ländlichen Regionen sowie zwischen Nord und Süd.

Insgesamt bedeutet das also, dass neben der geringeren Reichweite der Parteien über Wahlen auch ein Überalterungsprozess und mitunter ein Aussterben der Parteien zu befürchten sein muss. Dem setzen Parteien hinsichtlich ihrer Rekrutierungsstrategien und Gegenmaßnahmen leider recht wenig entgegen, im Gegenteil, sie behandeln ihre Mitgliederbeauftragten stiefmütterlich (Jakobs 2020).

#### **4. Lösungen?**

Wohin geht die Reise also? Betrachtet man die verschiedenen Formen und Kanäle mittels derer sich Parteien an uns oder die eigenen Mitglieder richten, fällt eine unglaubliche Vielfältigkeit auf, die als Rettungsanker vor dem Untergang erscheinen. Jeder Social-Media-Kanal wird bespielt, jedes Eckchen in der schier unendlichen Weite des Internets soll erreicht werden. Gelingt dadurch die Wiederannäherung an die Gesellschaft? Kaum. Die Reichweite sozialer Netzwerke ist noch immer, gemessen an der Gesamtbevölkerung, gering. Was sie aber interessant macht, ist die massenmediale Berichterstattung über wichtige Themen aus diesen Netzwerken. Und mit Blick auf die digitale Realität der jungen Menschen werden auch die Netzwerke selbst im Laufe der Zeit noch weitaus höhere Relevanz erlangen und die der klassischen Medien wird verlieren.

In allen Parteien wurden zwischenzeitlich Abteilungen eingerichtet, die sich um digitale Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern kümmern und Einblicke aus dem Parteileben für Instagram, YouTube, WhatsApp oder Telegram aufbereiten. Schon lange ist Christian Lindner nicht mehr der einzige Politiker, der selbst Instagram-Stories produziert und unmittelbar veröffentlicht.

Der Anspruch junger Menschen, digitale Instrumente als Möglichkeit der Beteiligung zu nutzen, wird zunehmend aufgegriffen. Was beispielsweise in der SPD als „virtueller Ortsverein“ zwischen 1998 und 2011 noch scheiterte, wurde mittlerweile als Neuauflage geplant. Als experimentelles „Debattenportal“ seit September 2018 getestet, wurde ein themenbasiertes Online-Diskussionsangebot für Mitglieder entwickelt, um sich digital zu vernetzen und programmatische Positionen zu erarbeiten. Im Laufe dieses Jahres wurde das Angebot unter dem Namen „Online-Themenforen“ verändert und soll per Parteitagsbeschluss kommende Woche eingeführt werden. Wichtig dabei: Die Online-Foren wurden mit dem Recht ausgestattet, in digitalen Gruppen thematische Anträge zu erarbeiten und auf Parteitag vorzustellen, die letztlich über sie beschließen. So wird Parteimitgliedern eine digitale Möglichkeit parteipolitischen Engagements gegeben, welches unmittelbar an den Entscheidungsprozess der Partei angeschlossen ist.

Sind Parteien als besondere politische Organisationen zwischen Staat und Gesellschaft damit künftig in der Lage, angemessen auf die Anforderungen einer digitalen Gesellschaft zu reagieren? Und zwar so, dass Interessen und Beteiligungswünsche sowohl der Parteimitglieder als auch der Bevölkerung tatsächlich aufgenommen und artikuliert werden können? Die Frage bleibt offen, aber die Marschrichtung ist klar: Eine digitale Demokratie braucht digitale Parteien. Denn sie nehmen in der repräsentativen Demokratie eine Schlüsselrolle ein, die keine andere politische

Organisation ausfüllen kann. Die grundlegende Bedeutung des digitalen Wandels der Parteien für das politische System kann daher nicht hoch genug eingeschätzt werden (Jun, Borucki und Reichard 2013).

Parteien haben das Problem, dass sie als altmodisch und nicht modern und zeitgemäß genug angesehen werden. Die Angebote, die sie machen scheinen aus der Zeit gefallen, machen den Eindruck von Behäbigkeit und entsprechen nicht mehr der Erwartungshaltung und dem Lebensgefühl der Jüngeren. Diese sind hauptsächlich digitale Kanäle und Mittel aus ihrer Arbeitswelt gewohnt und vermissen diese in Parteien, wenn sie überhaupt den Weg in Parteien finden oder gefunden haben. Hinzu kommt, dass die geminderte Rekrutierungsfähigkeit von Parteien anhält und auch Versuche, dem zu begegnen (etwa mit Mitgliederbegehren, Ur- oder Stichwahlen) grundsätzlich nichts geändert haben.

Was sich aber geändert hat, ist die zunehmende Bereitschaft in der Gesellschaft, selbst etwas zu tun, anzupacken und das herzustellen und wieder zu beleben, was scheinbar verloren gegangen ist – das Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl. Und das abseits der Parteiendemokratie, und zwar in zivilgesellschaftlichen Formaten, etwa Fridays For Future oder Ende Gelände und weitere wie auch Bündnisse gegen Rechts in verschiedenen Städten. Diese Bereitschaft zur politischen Betätigung gründet in einer Parteienverdrossenheit, die auch dazu führt, dass Parteien grundlegende Probleme mit der Rekrutierung neuer Mitglieder haben.

Ein Gemeinschaftsgefühl ist jedoch nicht nur von Parteien abhängig, sondern davon, wie der gesamtgesellschaftliche Diskurs geprägt ist, wie die jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Organisationen und Einheiten miteinander verzahnt sind und wie sie kooperieren. Das betrifft auch die Vereine und Träger der freien Wohlfahrtsverbände, der Kirchen, Gewerkschaften, Verbände und Nichtregierungsorganisationen. Dieses Gemeinschaftsgefühl ist nicht über einzelne, temporäre Aktionen zu stiften, sondern bedarf langfristiger Arbeit und intensiver Beschäftigung mit einem Thema im Rahmen einer breiteren Agenda.

## **5. Schluss**

Die Preisträger und auch dieser Preis zeigen in dieser Hinsicht eindrücklich, dass Gemeinschaft und Gemeinwohl und „Gemeinsam leben“ eben doch kein altmodisches Modell sind, sondern mehr denn je Stärken unserer Gesellschaft und unseres Demokratiemodells, nein, unserer starken Zivilgesellschaft darstellen.

Dieses Bewusstsein in die Zivilgesellschaft, die Politik, an die Stammtische und in die Nachbarschaften dieser Republik zu tragen ist Aufgabe von uns allen. Gehen wir es an, denn es geht um Alles, es geht um unsere Demokratie.

## Literatur

- Candeias, Mario. 2018. "Den Aufstieg der radikalen Rechten begreifen". Wie hängen unterschiedliche Erklärungsmuster zusammen? Dimensionen einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit, in Mario Candeias (Hrsg.), *Rechtspopulismus, radikale Rechte, Faschisierung. Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien*, Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin, download: [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Materialien/Materialien24\\_Rechtspopulismus\\_web.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien24_Rechtspopulismus_web.pdf)
- Glaab, Manuela. 2016. Hohe Erwartungen, ambivalente Erfahrungen? Zur Debatte um „mehrBürgerbeteiligung“ in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. In *Politik mit Bürgern - Politik für Bürger: Praxis und Perspektiven einer neuen Beteiligungskultur*, Hrsg. Manuela Glaab, 3–25. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, download: [http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-12984-2\\_1](http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-12984-2_1).
- Jackob, Nikolaus, Tanjev Schultz, Ilka Jakobs, Marc Ziegele, et al. 2019. Medienvertrauen im Zeitalter der Polarisierung. *Media Perspektiven*(5):210–220.
- Jakobs, Simon (2020): Mitgliederwerbung bei den Parteien CDU und SPD. Unveröffentlichtes Manuskript, Dissertation Universität Trier.
- Jun, Uwe, Isabelle Borucki, and Daniel Reichard. 2013. Parteien und Medien - ein Forschungsüberblick. In *Handbuch Parteienforschung*, Ed. Oskar Niedermayer, 349–385. Springer VS.
- Klein, Matthias. 2018. Mehr Demokratie, weniger Beteiligung? Die Zerstörung der lokalen Beteiligungskultur in Hessen während des „Jahrzehnts der Demokratisierungsnovellen“. In *ZParl 1/2018*, 148-171.
- König, Pascal D. 2018. Digitalpolitische Positionen im deutschen Parteiensystem. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 12(2):399–427. DOI: <https://doi.org/10.1007/s12286-018-0390-0>.
- Merkel, Wolfgang. 2017. Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In *Parties, Governments and Elites: The Comparative Study of Democracy*, Hrsg. Philipp Harfst, Ina Kubbe, und Thomas Poguntke, 9–23. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden abrufbar unter: [https://doi.org/10.1007/978-3-658-17446-0\\_2](https://doi.org/10.1007/978-3-658-17446-0_2).
- Noelle-Neumann, Elisabeth. 1993. *The spiral of silence: public opinion, our social skin* 2. Chicago: Univ. of Chicago Press.
- Reichart-Dreyer, Ingrid: Ist der Mitgliederschwund der Parteien wirklich irreversibel? Überlegungen zur Rekrutierungs- und Repräsentationsfähigkeit von Parteien. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Richter, C., Salheiser, A., Quent, M. 2019. Rechtsradikale Landnahme: Analyse des AfD-Wahlerfolgs zur Landtagswahl 2019 in den Thüringer Gemeinden. IDZ-Studie. Download: [https://www.idz-jena.de/fileadmin/user\\_upload/IDZ\\_Analyse\\_AfD-Wahlerfolg\\_Landtagswahlen\\_2019\\_FINAL\\_WEB.pdf](https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/IDZ_Analyse_AfD-Wahlerfolg_Landtagswahlen_2019_FINAL_WEB.pdf)
- Scherr, Albert. 2010. Innere Sicherheit und soziale Unsicherheit Wege der Sicherheitsgesellschaft. In *Wege der Sicherheitsgesellschaft*, Hrsg. Axel Groenemeyer, 23–

39. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, download:  
[http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-92604-9\\_2](http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-92604-9_2).
- Schneider, F. 2018. Mediated Massacre: Digital Nationalism and History Discourse on China's Web. *Journal of Asian Studies* 77(2):429–452. DOI: <https://doi.org/10.1017/S0021911817001346>.
- Schradie, Jen. 2018. The Digital Activism Gap: How Class and Costs Shape Online Collective Action. *Social Problems* 65(1):51–74. DOI: <https://doi.org/10.1093/socpro/spx042>.
- Scobel, Gert. 2019. Politik als komplexes System: Bemerkungen zum Prozess der Digitalisierung, zur Anwendung von Heuristiken und zur Frage des Gemeinwohls. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 29(3):413–430. DOI: <https://doi.org/10.1007/s41358-019-00190-7>.
- Stark, B., **Magin, M.** & Jürgens, P. (i.E.). Maßlos überschätzt. Ein Überblick über theoretische Annahmen und empirische Befunde zu Filterblasen und Echokammern. In M. Eisenegger, R. Blum, P. Ettinger & M. Prinzing (Eds.), *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit: Historische Verortung, Modelle und Konsequenzen. [The Digital Structural Transformation of the Public Sphere – Historical Perspectives, Models and Consequences.]* Wiesbaden: Springer VS. [Download preprint](#).
- Zick, Andreas, Küpper, Beate, Berghan, Wilhelm. 2019. Verlorene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter.